

Pressemitteilung

Versorgungsprobleme bei mehrmonatigem Lieferstopp für Gas aus Russland

EWI-Studie sieht nur geringe Kompensationsmöglichkeiten

Köln, 3. September 2014 – Ein Stopp russischer Erdgaslieferungen nach Westeuropa ab November würde nach spätestens sechs Monaten zu erheblichen Versorgungsstörungen in Deutschland führen. Das ergibt sich aus einer Studie des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln (EWI). Um den Ausfall russischer Lieferungen innerhalb dieses Zeitraums kompensieren zu können, müsste in Europa allerdings erheblich mehr Flüssiggas als im Jahr 2013 importiert werden. Und die deutschen Gasspeicher dürften nur zu 85 Prozent wieder aufgefüllt werden. Das würde allerdings die Versorgungssicherheit im darauffolgenden Winter verringern. „Trotz seiner großen Gasspeicherkapazitäten und seiner geographischen Nähe zu den großen Gasproduzenten Niederlande und Norwegen wäre Deutschland von einem lang andauernden Gaslieferembargo durch Russland im Zuge der Ukrainekrise stark betroffen“, hob Studienleiter Harald Hecking ein zentrales Ergebnis der Untersuchung hervor. Italien beispielsweise könnte den sechsmonatigen Ausfall russischen Gases aufgrund seiner Pipelineanbindung an algerische und libysche Gasfelder, wegen seiner langfristigen Lieferverträge mit Norwegen und den Niederlanden sowie über seine großen Anlandekapazitäten für Flüssiggas dagegen besser kompensieren.

In der Studie werden die Auswirkungen von Embargos verschiedener Dauer berechnet. Bei einem Lieferstopp von sechs Monaten würden in Deutschland rund drei Milliarden Kubikmeter an Gas fehlen, bei einem Embargo, das länger als neun Monate dauert, wären es schon zwölf Milliarden Kubikmeter.

Die Autoren der Studie führen die Folgen eines längeren Embargos für Deutschland vor allem auf drei Gründe zurück: Deutschland sei der größte Importeur von russischem Gas in Europa. Zum zweiten hätten die Niederlande und Norwegen einen wesentlichen Teil ihrer Gasproduktion über langfristige Verträge an Länder wie Frankreich und Italien verkauft – sie hätten nur begrenzte Kapazitäten für zusätzliche Lieferungen nach Deutschland frei. Drittens verfüge Deutschland zwar über große Kapazitäten an Gasspeichern, je länger das Embargo aber anhalte, umso weniger nützen die Speicher.

Entscheidend für die Versorgungssituation ist die Menge an Flüssiggas (LNG), die auf dem Weltmarkt bezogen werden kann: Um die Gasversorgung in Deutschland während eines Embargos von fünf Monaten Dauer zu sichern, müsste Europa seine Flüssiggasimporte gegenüber 2013 nahezu verdoppeln und zusätzliche 45 Milliarden Kubikmeter beschaffen. Werden nur zusätzliche 25 Milliarden Kubikmeter importiert, drohen bereits bei einem dreimonatigen Gas-Embargo Lieferengpässe in Deutschland. Zusätzliches Flüssiggas bekäme Deutschland aber nur zu deutlich höheren Preisen, da Deutschland und Europa hier im globalen Wettbewerb mit anderen Nachfragern, z.B. Japan, stehen.

In der Studie werden auch die Folgen einer besonders kalten Winterwoche im Februar berechnet. In diesem Fall wäre in weiten Teilen Europas mit Lieferengpässen zu rechnen. Als Gründe nennen die Autoren unter anderem beschränkte Entnahmekapazitäten bei den Gasspeichern und niedrige Speicherfüllstände aufgrund des Embargos.

Die Studie weist auch darauf hin, dass die Abhängigkeit nicht einseitig ist. Ein russisches Gasembargo wäre auch für den russischen Export-Monopolisten Gazprom nicht umsonst. Nach Schätzungen des EWI würden jeder Monat des Embargos in Russland zu Einnahmeausfällen von 4 bis 4.5 Mrd. Euro führen, was etwa 3.5% des Jahresumsatzes von Gazprom entspräche.

Ansprechpartner

Daniel Matthes
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: +49 (0)221 27729-116
Fax: +49 (0)221 27729-400
Vogelsanger Straße 321a
50827 Köln
daniel.matthes@ewi.uni-koeln.de
www.ewi.uni-koeln.de